

Gegenstand: Verpflichtung der Mitglieder nach § 30 GemO

Der Vorsitzende verpflichtet folgende Personen entsprechend § 30 GemO mit Handschlag auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO):

- Bernd Fleddermann (CDU – Mitglied)
- Frederik Münster (B90/Grüne – Mitglied)
- Dr. Sarah Mang (SWG – stv. Mitglied)
- Paul Lehr (Linke – stv. Mitglied)

Alle anderen Anwesenden wurden in ihrer Funktion als Stadtratsmitglied oder Mitglied eines anderen Ausschusses bereits auf die Gemeindeordnung verpflichtet.

1. Sitzung des Verkehrsausschusses (VEP) der Stadt Speyer am 15.10.2014

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Bestimmung von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretungen für die Mitzeichnung des Protokolles

Der Verkehrsausschuss bestimmt bei 3 Enthaltungen folgende Personen für die Mitzeichnung der Sitzungsprotokolle:

CDU-Fraktion: Dr. Martin Moser - Stellvertretung: Georg Emes

SPD-Fraktion: Winfried Müller - Stellvertretung: Petra Spoden

Gegenstand: Weitere Vorgehensweise - Teil F / Maßnahmenvorschläge-Synopse
Vorlage: 1377/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Rückblickend verweist der Vorsitzende auf 4 Jahre Stuserhebung für den vorliegenden Entwurf des Verkehrsentwicklungsplans. Dieser enthält ab Seite 118 die politisch zu entscheidenden Positionen, welche farbig hinterlegt sind. Bei allen anderen Punkten handelt es sich nach Einschätzung der Gutachter um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, entsprechender mit Priorisierung. Die Umsetzung steht unter Finanzierungsvorbehalt. Auch die Parkraumbewirtschaftung ist ein ständiges Geschäft der Verwaltung.

Die Nachfrage bezüglich eines Bedarfs an Veränderungen im weißen Bereich ergibt keine Änderungswünsche.

Die Liste der politischen Aufträge soll nacheinander abgearbeitet werden, wie dies auch schon im Arbeitskreis beraten wurde. Sofern keine Anträge eingehen, legt die Verwaltung Vorschläge nach Dringlichkeit/Prioritätenliste vor. Es handelt sich dabei um einen "working process" mit laufenden Anpassungen

Begonnen werden soll mit 3 durchgerechneten Planungsfällen (S. 105 ff.) zur vorrangigen Diskussion aus Verwaltungssicht, zu denen auch aktuelle Verkehrszahlen vorliegen. Hiergegen erheben sich keine Einwände.

PF 1 - Gilgenstraße

Eine Vollsperrung wird seitens Verwaltung wegen der zusätzlichen Belastung der Oberen Langgasse und der Schützenstraße nicht vorgeschlagen. Auch eine Teilspernung würde zu einer Abgabe durch den Landesbetrieb Mobilität (LBM) an die Stadt als reine Gemeindestraße führen, ohne weitere Finanzmittelbeteiligung des Landes. Der LBM steht einer Sperrung kritisch gegenüber.

Herr Czerny sieht ein hohes Verkehrs- und Lärmaufkommen sowie eine hohe Fußgängerfrequentierung in diesem Bereich, Ziel muss sein, den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt herauszubringen. Er spricht sich für fahrradbegleitende Maßnahmen und verbesserte Fußgängerüberwege, bei weiterhin gegenläufigem Verkehr, aus.

Der Vorsitzende verweist auf den aktuellen Verkehrsversuch in der Landauer Straße, die evtl. durchgängig als 30er Zone ausgewiesen werden soll. In der Oberen Langgasse steht demnächst eine große Baumaßnahme an, was zu einer Verkehrsumlagerung auf andere Straßen führen wird

Herr Lindacher erinnert für die BGS-Fraktion an das Verkehrschaos nach Sperrung der Gilgenstraße beim Ausbau der Fernwärme und die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Einzelhandel.

Aus Sicht von Frau Wöhlert ist die Gilgenstraße in Stoßzeiten stark belastet. Auch die CDU befürwortet gegenläufigen Verkehr. Die Bushaltestelle sollte jedoch evtl. verlagert werden, um den Verkehrsfluss nicht zu behindern. Außerdem regt sie Sperrungsmaßnahmen für Schwarzparker an. Herr Rudingsdorfer erläutert, dass aktuell die Bushaltestelle am "Pfalzgraf" Richtung Süden verlegt und die andere Straßenseite mit Pollern versehen wurde. Absperrungen wirken sich allerdings auch negativ auf Anlieferungen für den Handel aus. Zudem sind die Entfernungen zu den Busanschlüssen zu beachten.

Nach Ansicht von Herrn Czerny wurde die Einbahnstraßenregelung in der Gilgenstraße 1997/98 von den Händlern sogar befürwortet. Schwerpunkt muss die Verkehrsverlagerung sein.

Frau Tochtermann-Bischof beurteilt als Fahrradfahrerin eine Sperrung zwar als schön, für den Verkehr aber nicht sinnvoll.

Frau Spoden plädiert dafür, die Verkehrsleitplanung des ruhenden Verkehrs weiter voranzubringen. Sie erwartet eine Verkehrsberuhigung durch bessere Parkleitsysteme.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen: Müller - SPD, Lindacher – BGS) keine weitere Verfolgung der Sperrungsvorschläge für die Gilgenstraße (mit der Maßgabe der Verkehrsreduzierung im gesamten Stadtgebiet).

PF 2 - Schützen-/Mühlturmstraße

Aus Sicht der Verwaltung bringt die neue Linksabbiegerspur zur Schützenstraße eindeutige Verbesserungen. Wichtig sind auch die An- und Abfahrmöglichkeiten für die Parkeinrichtungen in der Mühlturmstraße. Daher empfiehlt der Vorsitzende derzeit keine Veränderungen.

Herr Czerny spricht sich für eine zeitliche Befristung mit Beobachtung der Entwicklung aus. Der Parkzielverkehr sollte durch entsprechende Informationen schon auf der B 9/B 39 verbessert werden. Der Vorsitzende verweist auf das geplante, neue Parkleitsystem. Ein Jahr nach Einführung kann eine erneute Evaluierung erfolgen.

Auch Herr Lindacher schlägt vor, diesen Bereich für eine bessere Zufahrt zu Parkmöglichkeiten für die Postgalerie offen zu lassen

Frau Wöhlert stimmt dem neuen Verwaltungsvorschlag namens der CDU zu.

Ähnlich äußern sich SPD (Spoden), SWG (Tochtermann-Bischof) und Linke (Lehr). Es wird die Frage nach aktuellen Zählungen aufgeworfen. Solche existieren derzeit nicht.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt einstimmig, bis auf weiteres keine Sperrungsmaßnahmen vorzusehen. Ein Jahr nach Installation des neuen Verkehrsleitsystems soll eine Evaluierung vorgenommen werden.

PF 3 - Domplatz/Armbruststraße

Herr Lindacher mahnt eine bessere Visualisierung der Verkehrsführungen an.

Nach Auskunft des Vorsitzenden will die Verwaltung den gegenläufigen Einbahnstraßenverkehr eigentlich nicht weiter verfolgen, auch wegen der Durchfahrtmöglichkeiten für Polizei und Feuerwehr. Vielmehr setzt man auf ein verbessertes Verkehrsleitsystem zur Vermeidung von Durchgangsverkehr. Herr Zander bringt versenkbare Pollerlösungen auf dem Domplatz für eine Sperrung am Wochenende als Zukunftsvision ins Gespräch (Beispiel Chartres).

Herr Lindacher möchte nichts an der Verkehrsführung ändern, jedoch die Deutlichkeit der Verkehrsführung auf dem Domplatz optimieren. Der Vorsitzende äußert Widerspruch, weil gute Erfahrungen mit dem bisherigen System wegen gegenseitiger Rücksichtnahme und geringer Geschwindigkeit vorliegen.

Die Zielsetzung der Vermeidung von Durchgangsverkehr wird seitens der SWG durch Herrn Neugebauer bekräftigt.

Frau Wöhlert spricht sich für die CDU gegen die Einbahnregelungen aus. Diese führen vermutlich zur Verdichtung des Verkehrs in der Altstadt. Sie bringt eine Verkehrsberuhigung evtl. durch eine Sperrung (außer Anlieger) in die Diskussion, setzt aber auf das neue Parkleitsystem.

Bündnis 90/Die Grünen können sich laut Herrn Czerny beide Lösungen vorstellen. Er regt eine Prüfung an, ob man den ganzen Straßenzug als Fahrradstraße mit Anliegerzulassung einrichten kann. Der Vorsitzende plädiert für eine praktikable Lösung. Eine Öffnung für gegenläufigen Fahrradverkehr wäre denkbar.

Herr W. Müller möchte einen Vergleich zur Sperrung Gilgenstraße ziehen. Bei einer Sperrung findet auch hier eine Verdrängung statt. Er erwartet am Eselsdamm eine höhere Steigerung des Verkehrs als die Gutachter. Der Domplatz ist nach Auskunft des Vorsitzenden bereits eine kommunale Straße, während die Gilgenstraße das doppelte Verkehrsaufkommen und eine höhere Verkehrsleitwirkung aufweist. Insoweit sind die Bereiche nicht vergleichbar. Zudem verfügt die Altstadt über geringere Ausweichbereiche.

Herr Münster schlägt versenkbare Poller unmittelbar an der Einfahrt in die Johannesstraße vor.

Der Vorsitzende erkennt zusammenfassend als Konsens den Tenor: Zielverkehr erhalten, Durchgangsverkehr verhindern.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt zusammenfassend einstimmig, die gegenläufige Einbahnregelung nicht weiter zu verfolgen.

Eine Domplatzsperrung wird kritisch gesehen, technische Maßnahmen zur Vermeidung des Durchgangsverkehrs sollen aber geprüft werden.

Die Auswirkung einer Sperrung der Pistoreigasse soll vom Gutachter betrachtet werden.

Weitere Konfliktpunkte werden von der Verwaltung im Rahmen des Investitionsprogramms für die nächste Sitzung vorgeschlagen.

**Gegenstand: Grundzüge einer Fahrradkonzeption für die Stadt Speyer -
Handlungserfordernisse und Konzeptansätze
Vorlage: 1378/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert über das angebotene Fahrrad-Leihsystem mit 8 Stationen und 64 Fahrrädern im Stadtgebiet. Der gleiche Anbieter ist auch in HD, MA und LU tätig. Es handelt sich dabei um ein Einwegsystem, eine Abgabe ist an allen Ort mit Nextbike-Station möglich. Herr Neugebauer fragt nach, ob dies auch für KA gilt, weil Nextbike auch dort aktiv ist.

Herr Dr. Moser möchte Informationen zur Funktion des Rückgabesystems hinsichtlich der Verteilung der Fahrräder auf die Stationen. Dies ist aus Verwaltungssicht ein logistisches Problem der Fa. Nextbike.

Nach Beratung im Bau- und Planungsausschuss soll ein entsprechender Ratsbeschluss herbeigeführt werden.

Herr Zimmermann weist darauf hin, dass weitere touristische Radwegeverbindungen vorhanden sind, die durch Speyer führen, als in der Vorlage aufgeführt. Dies ist aus Sicht der Verwaltung auch nur eine beispielhafte Aufzählung.

Nach Auffassung von Herrn W. Müller kann man nichts gegen den Katalog einwenden. Er erinnert aber daran, die zu Fuß Gehenden als schwächstes Verkehrsmittel nicht zu vergessen und verweist auf die Probleme auf dem Fußweg Eselsdamm/Mausbergweg.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

**Gegenstand: Gesamtkonzept für den Fahrradverkehr;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 04.10.2014
Vorlage: 1379/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny vermisst in der städtischen Vorlage Programme rund um die Verkehrsbildung an Schulen sowie den Vereinen.

Der Vorsitzende verweist auf die VEP-Vorlage - Seite 127, 3.1. Dort ist eine fachübergreifende Arbeitsgruppe unter Beteiligung des ADFC zur Vorlage eines Konzepts an den Stadtrat vorgesehen. Vorher sollte eine Rahmensetzung durch einen (finanziell geförderten) Gutachter erfolgen. Dies wird seitens der antragstellenden Fraktion durch Herrn Dr. Moser bestätigt.

Frau Spoden regt an, radelnde Schüler(innen) in das beschlossene Schulverkehrskonzept aufzunehmen und im Schulträgersausschuss aufzugreifen. Dem Vorsitzenden fehlt hierzu eine Schnittstelle zu den Schulträgeraufgaben.

Frau Tochtermann-Bischof erkundigt sich nach der ungefähren Höhe der Kosten, da die Informationen eigentlich aus VEP vorliegen. Der finanzielle Rahmen ist noch unbekannt, ebenso die Höhe der möglichen Förderung.

Herr Czerny möchte den Begriff Radwege durch Radverkehrseinrichtungen ersetzt haben. Außerdem würden grundsätzlich Abstellmöglichkeiten benötigt, dabei ist aber keine besonders "hochwertige" Ausführung erforderlich, wie im Antrag formuliert. Der jetzige Zeitdruck ist seiner Meinung nach dem bisherigen Zuwarten geschuldet.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die geforderte Begrifflichkeit im Antrag findet. Er setzt eine gewisse Dauerhaftigkeit für die Abstellmöglichkeiten voraus und schlägt daher statt "hochwertige" die Formulierung "geeignete" vor.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen, SWG-Fraktion):

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Vorarbeiten für den Verkehrsleitplan und in enger Abstimmung mit dem Fahrradbeauftragten zügig ein „Gesamtkonzept zur Förderung des Fahrradverkehrs in Speyer“ zu erarbeiten und zu dessen Umsetzung einen Antrag auf Zuweisung von Fördermitteln aus der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums zu stellen.

Gegenstand: Verkehrsführung Otterstadter Weg

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt. Sie betreffen Bürger-Eingaben von gegenteiligem Inhalt, sowohl Öffnung wie Schließung der Spange betreffend. Beide Eingaben wurden im Stadtrat bereits besprochen. Eine Vorstellung im Ausschuss wurde den Anwohnerinnen und Anwohnern versprochen.

Die fehlende Widmung ist zunächst bindend für die Verwaltung. Der Rat kann die Widmung jederzeit und für eine bestimmte Verkehrsart vornehmen. Danach ist eine bauliche Ausführung von der Verwaltung entsprechend herzustellen.

Herr Czerny möchte wissen, ob belastbare Verkehrszahlen vorliegen und welche Radianen zur Verfügung stehen. Die Schranken zum Spitzrheinhof sind nach seiner Beobachtung oft offen und sollten geschlossen werden. Außerdem sollte an der Einmündung Otterstadter Weg/Waldseer Straße die Ampelschaltung so gestaltet werden, dass das Linksabbiegen leicht möglich ist.

Dieser Einmündungsbereich ist verwaltungsseitig ein wesentlicher Bestandteil der VEP-Konfliktpunkte (Seite 121). Die geschätzten Kosten belaufen sich auf ca. 750.000 €. Die Vorstellung soll in der nächsten VA-Sitzung erfolgen. Es ist kein hohes Verkehrsaufkommen bekannt, allerdings liegt auch keine Zählung vor.

Herr Dr. Moser spricht von einer schlechten Situation; es seien beide Anliegen nachvollziehbar, man werde in jedem Fall eine Partei verprellen. Der Vorschlag der CDU lautet, den Bereich für 1 ½ Jahre probeweise zu öffnen, jedoch ohne Schwerlastverkehr, mit Tempo 30 und späterer Spielstraßenoption.

Aus Sicht von Herrn W. Müller sind objektiv keine Zahlen vorhanden. Ein Probelauf mit Verkehrszählung verursacht doch sicherlich Kosten. Dies hängt laut Verwaltung von der Intensität und Dauer der Betrachtungen ab, wobei 1999 das Volumen bei etwa 550 Fahrzeugbewegungen lag.

Laut Herrn Rudingsdorfer wäre kein gegenläufiger Radverkehr mehr möglich, bzw. nur zu Lasten der Fußgängersicherheit.

Herr Lehr lehnt für die Linke eine Öffnung strikt ab, ebenso die BGS durch Herrn Lindacher.

Für Frau Spoden ist das Argument der besseren Erreichbarkeit der Nahversorgung nicht stichhaltig. Sie interessiert sich für die genauen Kosten der Befestigung. Diese belaufen sich laut Verwaltung für eine vorläufige Einbahnöffnung auf geschätzt 30.000 €.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass ein Antrag auf Widmung der Verwaltung nicht vorliegt. Geht kein solcher ein, wird die Verwaltung auch nichts an der Situation verändern.

Hinsichtlich der Fußgänger-Verbindungswege appelliert er an die Anwohner, Flächen links oder rechts davon für eine Serpentinenföhrung zur Verfügung zu stellen.

Gegenstand: Verschiedenes

Beteiligung Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club (ADFC):

Herr Zink vom ADFC wird über die Sitzungen informiert und in die AG zu TOP 3.2.2 aufgenommen.

Bordsteinkanten

Herr Münster moniert, dass Bordsteine an Bushaltestellen nach Bauarbeiten nicht barrierefrei wiederhergerichtet werden, z.B. am Berliner Platz. Es besteht laut Verwaltung lediglich die Verpflichtung zur Wiederherstellung des alten Zustandes bei Bauarbeiten, z.B. durch die Telekom. Die Mehrkosten für einen barrierefreien Umbau werden nicht übernommen. Nach Auskunft von Herrn Reimer hängt die Höhe des Bordsteines immer auch von seinem Umfeld ab.

Frau Spoden schlägt eine Probefahrt von IBF-Mitgliedern für die Feststellung der Barrierefreiheit von Bushaltestellen vor; daran sollten laut Vorsitzendem auch Sehbehinderte teilnehmen.

Busverkehr:

Nach Feststellung von Herrn Münster fahren manche Busse teilweise zu früh ab. Weiterhin wurde das Priorisierungssystem an Ampeln für Busse offenbar aufgegeben. Er fragt, ob eine Echtzeit-App, wie z.B. in Berlin, vorgesehen ist. Solche Beschwerden sollten laut Vorsitzendem unmittelbar an den FB 2 gemeldet werden. Das Bus-Betreiberunternehmen hat die technischen Voraussetzungen für eine Beschleunigung noch nicht geschaffen. Dies wurde aber für 01.01.2015 zugesagt. Eine dynamische Linienanzeige oder eine Liveverfolgung der Busse war nicht ausgeschrieben und wird aus Kostengründen nicht realisierbar sein.

Sonstiges:

Einige von Herrn Zimmermann schriftlich vorgetragene Punkte für den Verkehrsausschuss sind Fragen der laufenden Verwaltung.

1. Sitzung des Verkehrsausschusses (VEP) der Stadt Speyer am 15.10.2014



1. Sitzung des Verkehrsausschusses (VEP) 15.10.2014 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!